

# KlubNews



**Start  
der großen  
NÖ-Plan-Tour  
durch die  
Regionen**

## Energie endlich leistbar machen!

**ÖVP/FPÖ blockieren SPÖ-Anträge zur  
Preissenkung und schützen EVN weiter**

Preissenkungs-Antrag:  
**Nächste FPÖ-Farce**  
im Landtag

2022 noch selber eingebracht, stimmt  
die FPÖ heute gegen eine Preissenkung

**Unsere SPÖ-  
Landtagsabgeordneten**  
im Porträt

Diesmal stellen wir den politischen  
Tausendsassa Michael Bierbach vor

**LR Eva Prischl**  
zur großen Bedeutung  
der Schuldnerberatung

Die Anlaufstelle leistet nieder-  
schwellige Hilfe in vielen Notlagen

# #NÖPLAN TOUR

LANDESPARTEIVORSITZENDER LR  
SVEN HERGOVICH IM DIALOG MIT:

Finanzminister  
**MARKUS MARTERBAUER**  
11. März, Krems/Stein

Staatssekretärin a.D.  
**BRIGITTE EDERER**  
24. März, St. Pölten

Bürgermeister a.D.  
**MICHAEL HÄUPL**  
8. April, Prottes

Bundespräsident a.D.  
**HEINZ FISCHER**  
14. April, Waidhofen/Ybbs

Autorin  
**BARBARA BLAHA**  
21. April, Brunn/Gebirge

Informationen und Anmeldung: [notigfuernoe.at/tour](https://notigfuernoe.at/tour)

## KLUBBLICKE

VON KLUBOBMANN LABG. HANNES WENINGER

Was uns bewegt, was wir bewegen



**Gesundheitsregion Ost: „Wer schimpft, streitet und klagt, wird zu keiner vernünftigen Lösung kommen!“**

Energiepreise, Gesundheitsversorgung und Wirtschaft sind die Topthemen der Landespolitik im ersten Quartal 2026. Die SPÖ fordert eine sofortige Energiepreissenkung, konstruktive Verhandlungen zur Gesundheitsregion Ost und die Stärkung der heimischen Wirtschaft.

Die Energiepreise sind nach wie vor zu hoch und belasten Haushalte und Betriebe. Während andere Energieversorger ihre Preise bereits gesenkt haben, lässt sich die EVN bis 1. April Zeit und macht sich bis zum Ende der Heizperiode noch ein sattes Körbergeld. Die aktuellen Entwicklungen beweisen: Wenn die Energiepreise am Weltmarkt steigen, kommt die Teuerung blitzschnell bei den Konsumenten an. Sobald es um Preissenkung geht, finden die Energieversorger tausend Ausreden, um die Vorteile nicht an die Kundinnen und Kunden weitergeben zu müssen.

### Gesundheitsregion Ost statt Patientenstreit

Wer schimpft, streitet und klagt, wird zu keiner vernünftigen Lösung kommen! Die SPÖ fordert eine gemeinsame Gesundheitsregion Ost, um allen Patientinnen und Patienten die bestmögliche Spitalsbehandlung zu garantieren. Niederösterreich braucht die Spitzenmedizin und Versorgungskapazitäten in Wien - und wieso sollen nicht planbare Routineoperationen von Wienern in Niederösterreich stattfinden. Die Gesundheitspläne müssen aufeinander abgestimmt und die Finanzierung muss auf gemeinsame Beine gestellt werden.

Mit freundschaftlichen Grüßen

**LAbg. Hannes Weninger**  
Clubobmann

### IMPRESSUM

Medieninhaber & Herausgeber: Klub der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs (SPÖ-Klub NÖ), Landhausplatz 1, 3100 St. Pölten, Tel.: +43 (0) 2742 90 05-121 10, E-Mail: [spklub-noe@spoe.at](mailto:spklub-noe@spoe.at). Für den Inhalt verantwortlich: Clubobmann Hannes Weninger. Fotocredits: SPÖ-Klub NÖ, Adobe Stock, privat, NLK Pfeffer/Filzwieser, SPÖ NÖ, ZVG. Vollständiges Impressum & Offenlegung gemäß §§ 24, 25 Mediengesetz und Anbieterinformation nach § 5 ECG abrufbar unter <https://klub-noe.spoe.at/impressum>

### VOR- GESCHMACK

auf diese Ausgabe



**ENERGIE ENDLICH  
LEISTBAR MACHEN**  
ÖVP/FPÖ müssen endlich handeln, statt EVN zu schützen



**SCHULDNERBERATUNG**  
Landesrätin Eva Prischl über die große Bedeutung der Beratungsstelle



**UNSERE ABGEORDNETEN**  
In dieser Ausgabe:  
Michael Bierbach

# Energiepreise senken, Verantwortung wahrnehmen – ÖVP/FPÖ sagt: Nein, danke!

Mit gleich drei Anträgen versucht die SPÖ im Landtag, Strom- und Netzkosten zu senken, die Bevölkerung zu entlasten und Energie nachhaltig leistbar zu machen. Wieder stimmt Schwarz/Blau dagegen und für ihre EVN

Leistbare Energie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet über Kaufkraft, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherheit. Genau deshalb bringt die SPÖ Niederösterreich das Energiethema mit drei konkreten Anträgen erneut auf die Tagesordnung des Landtags – mit klaren gesetzlichen Hebeln und einem eindeutigen Ziel: spürbare Entlastung für Haushalte und Betriebe.

## Drei Anträge, ein Ziel

Erstens fordert die SPÖ eine verbindliche Verankerung des Prinzips der Leistbarkeit in der Satzung der EVN AG. Grundlage dafür ist das neue Elektrizitätswirt-

schaftsgesetz, das gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen und die Sicherstellung leistbarer Energie ausdrücklich normiert. Wenn das Land über die NÖ Landesbeteiligungsholding 51 Prozent der EVN hält, dann muss sich diese Verantwortung auch strukturell im Unternehmenszweck widerspiegeln. Leistbarkeit darf kein freiwilliger Akt sein – sie muss Unternehmensauftrag sein.

## Gewinne für die Menschen

Zweitens verlangt die SPÖ, dass die milliardenschweren Gewinne der EVN endlich bei den Menschen ankommen. Allein im Geschäftsjahr 2024/25 erzielte der Konzern 436,7 Millionen Euro Gewinn. Insgesamt beläuft sich das kumulierte Konzernergebnis der vergangenen Jahre auf rund 1,44 Milliarden Euro. Ein erheblicher Teil davon könnte – unter Verzicht auf Dividendenausschüttungen an das Land – direkt in Tarifsenkungen oder Gutschriften fließen. Rechnerisch wäre eine Reduktion von rund sechs Cent pro Kilowattstunde möglich – eine spürbare Entlastung für Familien wie auch für Klein- und Mittelbetriebe.

## ENERGIE-ANTRAG

Einer der drei SPÖ-Anträge mit dem Titel „Mehr Verantwortung, weniger Stromkosten – EVN-Übergewinne für leistbare Energie“



**ENERGIE FÜR DIE MENSCHEN**  
Gemeinsam setzen sich Landespartei-vorsitzender LR Sven Hergovich und Klubobmann Hannes Weninger für eine spürbare, sofortige Preis-senkung durch den Landesenergie-versorger EVN ein



**EVN-TEUERUNGSZÄHLER**  
Ein trauriger Liveticker: Seit Februar zeigt der Teuerungszähler live auf, wie viel Geld die EVN der Bevölkerung bis April auflastet

## Schwarz-blaues Zuschauen

„Die Energiepreise sind nach wie vor ein massiver Belastungsfaktor für Haushalte und Betriebe. Während viele Familien jeden Euro zweimal umdrehen müssen, schaut Schwarz-Blau als Mehrheitseigentümer zu, wie die EVN Milliarden Gewinne schreibt. Das passt nicht zusammen“, stellt SPÖ-Klubobmann Hannes Weninger klar. Dass die EVN eine Preissenkung erst mit 1. April – also nach der Heizsaison – umsetzen will, sei „eine Verhöhnung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Die Preise müssen sofort runter.“

## Knackpunkt Netzentgelte

Drittens setzt die SPÖ bei den Netzentgelten an. Diese machen einen erheblichen Anteil der Stromrechnung aus und sind in Niederösterreich zuletzt besonders stark gestiegen. Die Initiative fordert einen zeitlich befristeten Bundeszuschuss nach deutschem Vorbild sowie eine gerechtere, bundesweit einheitlichere Gestaltung der Netztarife. Ziel ist eine strukturelle Entlastung ohne bürokratischen Aufwand für die Kundinnen und Kunden.

## Wer Verantwortung hat, muss sie auch übernehmen

Auch SPÖ-Landespartei-vorsitzender und Kontroll-Landesrat Sven Hergovich nimmt die Mehrheitseigentümer in die Pflicht: „Wer Mehrheitseigentümer ist, trägt Verantwortung. Wenn Gewinne steigen, muss auch die Bereitschaft steigen, die Kundinnen und Kunden zu entlasten.“ Es geht nicht darum, Rekord-ergebnisse zu verwalten, sondern Lebensrealitäten zu

**ANTRAG**  
Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion  
Eing.: 29.01.2025  
Ug.: 092/XX-2026

der Abgeordneten Mag. Suchan-Mayr, Weninger, Bierbach, Hahn, MEI, MA, Pfister, Mag. Samwald, Mag. Schwela, Schmidt, Schindler, Schnitzl, Mag. Dr. Spengler und Zornitsch

betreffend: Mehr Verantwortung, weniger Stromkosten – EVN-Übergewinne für leistbare Energie

Die EVN AG hat in den vergangenen Jahren erhebliche Gewinne erzielt. Zwischen dem Geschäftsjahr 2022/23 und dem Geschäftsjahr 2024/25 beträgt das kumulierte Konzernergebnis rund 1,44 Milliarden Euro. Mit diesem Gewinn hätte die EVN ihre Kundinnen und Kunden bereits in Milliardenhöhe entlasten und einen spürbaren Beitrag zur Abfederung der hohen Energiekosten leisten können.

Im vergangenen Geschäftsjahr 2024/25 wurde mit einem Ergebnis von 436,7 Millionen Euro (EVN-Durchschnittsbericht 2024/25) erneut ein außergewöhnlich hoher Gewinn erzielt, der in die eingangs genannte Gesamtsumme einfließt. Diese Entwicklung steht in deutlichem Gegensatz zu den nach wie vor hohen Energiekosten für Haushalte und Betriebe. Trotz sinkender Großhandelspreise sind die Stromtarife für viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher weiterhin eine erhebliche Belastung, da Preispassungen nur zögerlich oder unvollständig weitergegeben wurden.

Als mehrheitlich im Eigentum des Landes Niederösterreich stehendes Unternehmen trägt die EVN AG eine besondere Verantwortung im Rahmen der Daseinsvorsorge. Das Land Niederösterreich hält über die NÖ Landesbeteiligungsholding GmbH 51 % der Aktienanteile und ist somit nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, auf eine sozial verträgliche, leistbare und gemeinwohlorientierte Preisgestaltung hinzuwirken. Die Rückführung von Unternehmensgewinnen in Form von Preisreduktionen oder Rückvergütungen entspricht sowohl dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit als auch dem öffentlichen Auftrag zur Sicherstellung leistbarer Energiepreise. Nach § 104 Aktengesetz beschließt die Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns. Als Mehrheitseigentümer kann das Land daher maßgeblich auf die Gewinnverwendung einwirken.

verbessern. In diesem Landtag zeigte sich einmal mehr, dass ÖVP/FPÖ nicht bereit sind, Verantwortung wahrzunehmen – oder sie schauen weiterhin zu, während Haushalte und Betriebe unter hohen Energie- und Netzkosten leiden. Für die SPÖ ist klar: Energie darf kein Luxusgut sein. Entlastung muss jetzt passieren – dauerhaft und strukturell abgesichert.

### Ähnliche Beispiele aus dem Bund

Jetzt braucht es kein Zuwarten mehr, sondern Tempo, Verbindlichkeit und Fairness. Auch SPÖ-Energiesprecher im Nationalrat Alois Schroll formuliert es unmissverständlich: „Energie ist Daseinsvorsorge – kein Spekulationsobjekt. Wenn die Großhandelspreise sinken, dann müssen diese Senkungen ohne Verzögerung bei den Menschen ankommen. Alles andere ist eine versteckte Zusatzbelastung für Familien und Betriebe.“

Die SPÖ setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, genau da anzusetzen – die Volkspartei hat es auch im Bund geschafft, die Menschen mehr zu belasten, statt ihnen zu helfen, wie Schroll ausführte: „Als die ÖVP mit den Grünen regiert hat, sind bereits in den Jahren 2020 und 2021 sind die Kosten für Strom und Gas immer weiter angestiegen. Ihren Höhepunkt hatte die Preisexplosion im Herbst 2022 mit über 60 Cent pro kWh.“ 2020 lag der Preis bei rund 5 Cent, was einer Verzwölfwachung in zwei Jahren entspricht. Dagegen setzt sich die Sozi-



**JETZT TEMPO MACHEN**  
„Lösungen statt Hinhalten, Handeln statt Bremsen!“ Hier sind sich Nationalrat Alois Schroll und Landesrat Sven Hergovich einig

aldemokratie ein. „In elf Monaten Regierung haben wir mehr Maßnahmen gegen die hohen Energiepreise gesetzt als die Vorgängerregierung in fünf Jahren“, so Schroll.

### Jede Sekunde zählt!

Öffentliche Energieunternehmen stehen in der Pflicht, dem Gemeinwohl zu dienen. Gewinne dürfen nicht auf dem Rücken der Kundinnen und Kunden maximiert werden, sondern müssen in Form fairer Preise, Rückvergütungen und stabiler Netzkosten zurückgegeben werden. Klar ist für den Nationalrat auch: „Wer politische Verantwortung trägt – im Bund wie im Land –, muss dafür sorgen, dass Netzentgelte gerecht gestaltet und Preissenkungen sofort weitergegeben werden.“ Landesparteivorsitzender Sven Hergovich fügt hinzu: „Jede Sekunde zählt. Für die Haushalte. Für die Betriebe. Und für einen starken Wirtschaftsstandort Niederösterreich.“

## MASSNAHMEN DER SPÖ IM BUND:

- **Abgaben-Senkung auf Strom i.H.v. 500 Mio. Euro**
- **Sozialtarif ab April 2026**
- **Sofort-Entlastung: 400 Millionen für die Netzkosten-Entlastung beim Strom**
- **Strompreis-Runter-Regel: Energieversorger muss Großhandel folgen**
- **Neue Energie-Gesetze in Arbeit**
- **Radikale Verbund-Preissenkung erhöht Druck auf andere Anbieter**
- **Energieversorger für das Gemeinwohl: Leistbarkeit als zentrales Prinzip**



# FPÖ-Farce im Landtag: Abstimmung gegen eigene Forderung aus 2022

**N**icht genug, dass die ÖVP/FPÖ-Regierung weiterhin ihre EVN schützt und die Chefetage mit Auszahlungen belohnt, statt ihre Übergewinne an die Bevölkerung zurückzugeben; nun leisten sich die Freiheitlichen mit ihrem Umfaller im Landtag den nächsten groben Fehltritt in ihrem angeblich so an „den kleinen Leuten“ orientierten Kurs:

### NEIN ZU ECHTEN LÖSUNGEN

Drei Anträge zur dauerhaften Senkung der Strompreise und Netzkosten haben wir im Februar-Landtag eingebracht: Alle drei hat die schwarz-blaue Landesregierung abgelehnt. Darunter auch der simple Antrag zur „... EVN-Übergewinne für leistbare Energie“. Ganz Ähnliches hat die FPÖ noch in einem eigenen Antrag im Jahr 2022 gefordert. Damals verkündet FPÖ-Klubchef Teufel noch großspurig, dass „die Gewinnanteile am Bilanzgewinn der EVN AG [...] in Form von Energiegutscheinen an die NÖ Energie- und Netzkunden zurückzubezahlen“ sind. Nicht einmal vier Jahre später, nun aber in der Landesregierung mit der mächtigen ÖVP, hat man das scheinbar vergessen und folgt brav der Ansage des Koalitionspartners: SPÖ-Antrag zur Preissenkung, zur Entlastung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher einfach ablehnen!

### WENDEHÄLSE PAR EXCELLENCE

Da fehlen einem fast die Worte, wozu Landtagsabgeordneter René Pfister doch die richtigen findet: „In ureigenster FPÖ-Manier wollen Landbauer, Teufel und Co. heute nichts mehr davon wissen und stimmen im NÖ Landtag quasi gegen den eigenen Antrag. Einfach peinlich!“, schüttelt der Teuerungssprecher den Kopf: „Aber man erwartet sich von dieser FPÖ NÖ auch nichts anderes.“

Pfister weiter: „Was früher angeblich eine Frage der Gerechtigkeit war, ist heute plötzlich vollkommen egal. Udo Landbauer ist ein Wendehals in Reinkultur.“ 2022 fordert die FPÖ noch lautstark Energiegutscheine – heute verteilt sie Ausreden. Dabei zeigen die aktuellen Zahlen klar, welches

Entlastungspotenzial möglich wäre: Mit den Gewinnen der vergangenen Jahre ließe sich der Strompreis spürbar senken – für einen Vier-Personen-Haushalt wären das rund 300 Euro im Jahr.

### MACHTERGREIFUNG MACHT VERGESSLICH

„Die FPÖ hat selbst erkannt, dass ein Landesenergieversorger Verantwortung trägt. Kaum sitzt man mit der ÖVP am Tisch, ist davon nichts mehr übrig“, so Pfister. Für die SPÖ bleibt klar: Wer 51 Prozent an der EVN hält, kann sich nicht abputzen. Übergewinne gehören zur Entlastung der Menschen eingesetzt – und nicht verwaltet.

**Was die FPÖ 2022 im Landtag forderte:**

**Strompreissenkung**

**Was die FPÖ heute im Landtag abgelehnt hat:**

SPÖ-Antrag zur  
**Strompreissenkung**



# DAS NEUESTE

... kurz und bündig



## Satzungsänderung PREIS ABSICHERN

Wir haben in diesem Landtag gleich drei Anträge zum Thema Energie eingebracht. Der erste fordert eine Satzungsänderung bei der EVN, um leistbare Energie dauerhaft abzusichern. „Leistbarkeit muss ein fixer Auftrag sein, kein kurzfristiges Versprechen“, betont Landtagsabgeordnete Energiesprecherin Kerstin Suchan-Mayr. Sinkende Tarife sind positiv, doch ohne klare Verankerung drohen neue Erhöhungen. Das Land als Mehrheits-eigentümer steht in der Pflicht. „Leistbare Energie ist Daseinsvorsorge und darf nicht von politischen Launen abhängen“, stellt Suchan-Mayr einmal mehr klar.



## Vertrauensverlust FAKE-WEBSITE

Klubobmann Hannes Weninger kritisiert die von einem ÖVP-Gemeinderat initiierte Fake-Website gegen Landesrat Sven Hergovich scharf. „Aktuell weiß ich nicht, wem man in der ÖVP Niederösterreich noch trauen kann und wem nicht!“, zeigt sich Weninger irritiert. Solche Aktionen beschädigen das Vertrauen in die politische Zusammenarbeit massiv. „Die ÖVP Niederösterreich muss rasch klären, ob sie konstruktiv zusammenarbeiten und die großen Herausforderungen im Land gemeinsam lösen will“, fordert Weninger: „Dass ein ÖVP-Mandatar mit miesen Tricks Zwiespalt säen will, ist jedenfalls empörend.“

## EVN-Übergewinne KOSTEN SENKEN!

Der zweite Energie-Antrag befasst sich damit, EVN-Übergewinne direkt zur Senkung der Strompreise zu nutzen. „Während die EVN Milliarden-Gewinne einfährt, zahlen viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher seit Jahren überhöhte Preise“, kritisiert Landtagsabgeordneter René Pfister. 1,44 Milliarden Euro Gewinn in zwei Jahren sind nicht bei Aktionären, sondern bei den Menschen besser aufgehoben, die in diesen Zeiten jeden Cent umdrehen müssen. „Ein Energieversorger in öffentlicher Hand trägt Verantwortung – die Dividenden dürfen nicht wichtiger sein als leistbare Energie“, so Pfister.



## Arbeitsmarkt NO: ALARMIEREND!

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen zeigen eine besorgniserregende Entwicklung in Niederösterreich. Während die Arbeitslosigkeit österreichweit um 2,9 Prozent gestiegen ist, liegt der Anstieg hier mit 6,0 Prozent deutlich darüber. Insgesamt sind über 55.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Landesrat Sven Hergovich sieht darin ein klares Warnsignal und fordert mehr Engagement der Landesregierung: „Die Arbeitslosigkeit steigt deutlich stärker als im Österreich-Schnitt, doch die schwarz-blaue Landeskoalition schaut seit zweieinhalb Jahren zu. Niederösterreich braucht eine aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die Beschäftigung schafft.“



## Soforthilfe und Netzkostensenkung HORRENDER ANSTIEG 2026

Die SPÖ bringt im Landtag einen weiteren Antrag ein, um Haushalte und Betriebe bei den Stromkosten zu entlasten. Energiesprecherin Kerstin Suchan-Mayr warnt vor massiv steigenden Netzentgelten: „Die Netzentgelte sind mittlerweile einer der größten Preistreiber bei der Stromrechnung – und Niederösterreich ist davon besonders stark betroffen.“ Anfang 2025 stiegen sie um rund 32 Prozent, 2026 folgte die nächste Erhöhung. Für viele Haushalte bedeute das Mehrkosten von über 130 Euro. „Diese Entwicklung kann man nicht einfach hinnehmen“, betont Suchan-Mayr und fordert von ÖVP und FPÖ entschlossene Maßnahmen. „Andere Länder federn hohe Netzkosten bereits mit Zuschüssen ab. Neben Soforthilfe brauche es faire, bundesweit gerechte Netzentgelte.“



## Strom für Wirtschaft ENERGIEPOLITIK

Der NÖ-Plan des SPÖ-Landtagsklubs setzt klare Schwerpunkte bei Arbeitsplätzen, Wirtschaft und leistbarer Energie. Im Landtag übt Landtagsabgeordneter und SPÖ-Wirtschaftssprecher Franz Schnabl scharfe Kritik an der Energiepolitik des Landes. Angesichts hoher Strompreise fehlt es der aktuellen Wirtschaftsdebatte an Glaubwürdigkeit: „Solange

die EVN Rekordgewinne einfährt, während Betriebe und Familien mit der Stromrechnung kämpfen, fehlt jeder Wirtschaftsdebatte die Glaubwürdigkeit“, betont Schnabl.

## ECHTE STRATEGIEN

Der NÖ-Plan sieht unter anderem einen Industriefonds zur Absicherung und Modernisierung von Arbeitsplätzen vor, eine Fachkräfteoffensive mit Lehrlingsbonus und regionalen Ausbildungszentren sowie eine Jobgarantie gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Vorbild ist Tirol, wo leistbarer Strom in der Satzung verankert ist. Übergewinne müssen an Bevölkerung und Betriebe zurückfließen. Für kleine und mittlere Unternehmen ist der Strompreis längst ein entscheidender Standortfaktor. „Denn eine starke Wirtschaft beginnt bei leistbarer Energie“, so Franz Schnabl.

## Photovoltaik SPEICHER AUSBAUEN

Ergänzend zu den „Energiekosten-Anträgen“ hat die SPÖ im Landtag einen Antrag für einen Landes-zuschuss zu Photovoltaik-anlagen mit Stromspeicher eingebracht. Ziel ist eine Ergänzung der bestehenden Bundesförderung, um den Ausbau von Speicherkapazitäten in Niederösterreich zu beschleunigen. Auch hier betont Energiesprecherin Kerstin Suchan-Mayr die Bedeutung moderner Lösungen für die Energiegewende: „Photovoltaik allein reicht nicht mehr – wenn zu Mittag alle Anlagen einspeisen, geraten die Netze unter Druck.“ Speicher sorgen dafür, dass Strom dann genutzt werden kann, wenn er gebraucht wird, etwa am Abend. Wir fordern daher eine zusätzliche Landesförderung, um Haushalte zu entlasten und gleichzeitig Versorgungssicherheit und Netzstabilität zu stärken. Oberösterreich dient hier als Vorbild.



## Bezahlkartensystem VERBESSERUNGEN

Bei der Frage nach der Umstellung des Bezahlkartensystems in der Grundversorgung macht LABg. Karin Scheele die Position der SPÖ deutlich: Der Antrag geht grundsätzlich in die richtige Richtung, da er den betroffenen Menschen Erleichterungen bringen könnte. „Gleichzeitig weist das aktuelle System in Niederösterreich viele Mängel auf und Zahlungen funktionieren oft nicht zuverlässig. Wir wollen künftig die Initiativen für eine bundesweite Sachleistungskarte unterstützen“, so Scheele.

## Bildung überdenken, ja – aber sinnvoll

Bildung ist einer der Schlüssel zu einem guten Leben – und zu einer gerechten Gesellschaft. Gerade deshalb ist jede Bildungsreform mehr als eine technische Änderung im System. Es geht darum, ob jedes Kind wirklich die gleichen Chancen bekommt, egal ob es in einer Stadt-wohnung oder am Land aufwächst, egal wie viel Geld die Eltern haben. Als Sozialdemokratie war für uns immer klar: Bildung darf nicht vom Geldbörsel abhängen. Reformen sind notwendig, wenn sie das System besser und gerechter machen. Was wir brauchen, sind gut ausgestattete Schulen, ausreichend Lehrerinnen und Lehrer und echte Unterstützung für Kinder, die mehr Hilfe



brauchen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass Veränderungen nicht nur auf dem Papier gut aussehen, sondern im Schulalltag auch funktionieren. Eine gute Bildungsreform stärkt Chancen, nicht Unterschiede. Genau daran sollte sie gemessen werden.



## Unsere Bundesräte berichten:

### Unsere Fraktion im Bundesrat beschäftigt sich mit Fairness am Arbeitsmarkt, einem modernen Eherecht und Deutschförderung

Der Bundesrat hat eine Neuregelung bei der steuerlichen Behandlung von Feiertagsarbeit und Überstunden beschlossen. Für die SPÖ steht dabei vor allem eines im Mittelpunkt: mehr Fairness für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. SPÖ-Fraktionschef Christian Fischer betont: „Viele Menschen leisten Arbeit, wenn andere frei haben. Es ist nur fair, dass diese Leistung auch steuerlich anerkannt wird.“

#### Novelle bringt Vorteile

Mit der Novelle wird Feiertagsarbeit künftig bis zu 400 Euro monatlich steuerfrei gestellt. Hintergrund ist eine Entscheidung des Bundesfinanzgerichts aus dem Jahr 2024, die zu Nettolohnverlusten für Beschäftigte geführt hatte. Diese Unsicherheit wird nun beseitigt. „Wir sorgen dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht schlechter gestellt werden, nur weil sie an Feiertagen im Einsatz

sind“, so Fischer. Auch bei der steuerlichen Begünstigung von Überstunden wurde eine Übergangsregelung beschlossen. Für 2026 bleiben bis zu 15 Überstunden pro Monat steuerlich begünstigt. Für die SPÖ ist entscheidend, dass jene Menschen unterstützt werden, die mit ihrer Arbeit das tägliche Leben in Österreich aufrechterhalten. „Leistung muss anerkannt werden – aber sie muss auch fair geregelt sein und tatsächlich bei den Beschäftigten ankommen“, hält Fischer fest.

#### Finanzmarktpaket

Neben arbeitsrechtlichen Fragen beschäftigte sich der Bundesrat auch mit einem umfassenden Finanzmarktpaket. Für die SPÖ steht dabei im Vordergrund, dass Finanzmärkte stabil funktionieren und der realen Wirtschaft dienen. „Die Finanzmärkte müssen der Realwirtschaft dienen – nicht umgekehrt“, erklärt Fischer. Neue Transparenzregeln

und europäische Standards sollen unter anderem verhindern, dass Finanzprodukte fälschlich als nachhaltig dargestellt werden und damit Anlegerinnen und Anleger in die Irre führen.

#### Eherecht: moderne Regeln

Zu Beginn der Sitzung stand zudem eine Aktuelle Stunde mit Justizministerin Anna Sporrer zu geplanten Reformen im Eherecht auf der Tagesordnung. Dabei geht es unter anderem um mögliche Änderungen beim Scheidungsrecht und beim nahehelichen Unterhalt. Ziel ist ein modernes und gerechtes Eherecht, das gesellschaftliche Realitäten besser abbildet und sorgfältig erarbeitet wird.

#### Deutschförderung

Ein weiteres Thema war der Ausbau der Deutschförderung in Schulen. Ab 2026 wird für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf in der Unterrichtssprache Deutsch die

Teilnahme an der Sommerschule verpflichtend. Damit soll sichergestellt werden, dass Kinder die nötigen Sprachkenntnisse erwerben, um dem Unterricht gut folgen zu können und ihre Bildungschancen zu verbessern.



Vorsitzender der SPÖ Bundesratsfraktion  
Christian Fischer



Bundesrätin  
Amelie Muthsam



Bundesrat  
Martin Peterl



### ! FRAUEN- UND MÄDCHENBERATUNG:

- [netzwerk-frauenberatung.at](https://netzwerk-frauenberatung.at)
- [netzwerk@netzwerk-frauenberatung.at](mailto:netzwerk@netzwerk-frauenberatung.at)
- +43 (0) 1 595 37 60

GLEICHSTELLUNG IST IMMER WICHTIG:  
Landesrätin Eva Prischl im Vorfeld des 115. Frauentags 2026

## 115 Jahre Frauentag: Gleichstellung braucht Mut und Konsequenz

Der Internationale Frauentag erinnert heuer an zwei wichtige Meilensteine: 115 Jahre Frauenbewegung und 50 Jahre Familienrechtsreform in Österreich. Zwei Jubiläen, die zeigen, wie hart viele Rechte erkämpft wurden – und wie viel noch zu tun bleibt. Für Landesrätin Eva Prischl ist deshalb klar: „Gleichstellung ist kein abgeschlossener Prozess, sondern ein dauerhafter politischer Auftrag.“

#### GLEICHSTELLUNG MUSS JEDEN TAG VERTEIDIGT WERDEN

„115 Jahre Internationaler Frauentag bedeutet 115 Jahre Kampf der Frauen für Engagement, für Mut, für Ausdauer“, betonte Prischl bei einer Pressekonferenz im Landhaus St. Pölten. Frauen hätten ihre Rechte nicht geschenkt bekommen, sondern sie Schritt für Schritt erkämpft. Gerade deshalb dürfe Gleichstellung nie als selbstverständlich betrachtet werden. „Gleichstellung ist kein Zustand, den man erreicht und dann abhaken kann, sie muss jeden Tag neu verteidigt werden, damit sie weiterentwickelt wird“, so Prischl. Auch neue Entwicklungen würden zeigen, wie wichtig dieser Einsatz bleibt. Die Digitalisierung bringe neue Herausforderungen mit sich: „Wenn sich alte Rollenbilder und Vorurteile in Algorithmen einschleichen, wird die Diskriminierung digital verlängert.“

#### SICHERHEIT BEGINNT MIT WIRTSCHAFTLICHER UNABHÄNGIGKEIT

Für Prischl steht Frauenpolitik vor allem für Sicherheit – und diese beginne bei wirtschaftlicher Unabhängigkeit. „Johanna Dohnal hat es schon formuliert: Wir brauchen keine weibliche Zukunft, sondern eine menschliche“, erinnerte Landesrätin Prischl: „Für mich bedeutet Frauenpolitik vor allem eines: Sicherheit. Und Sicherheit ist wirtschaftliche Unabhängigkeit. Deshalb müssen wir die Lohnschere weiter schließen.“ Auch der Schutz vor Gewalt bleibe ein zentrales Thema. Mit dem Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen setze man verstärkt auf Prävention und konkrete Unterstützung. Frauenhäuser und Übergangswohnungen seien dabei ein zentraler Bestandteil: „194 Frauen und 195 Kinder fanden im Vorjahr in unseren sechs Frauenhäusern Schutz, 24 Frauen und 27 Kinder konnten in den Übergangswohnungen Sicherheit finden.“

#### FRAUENGESUNDHEIT STÄRKER IN DEN FOKUS RÜCKEN

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Frauengesundheit. „Frauen wurden in der Medizin und in der Forschung viel zu lange nur mitgedacht, statt mitgemeint“, stellte Prischl klar. Initiativen wie Viedonna, die eigene Frauenprimärversorgungseinheiten vorantreiben, würden zeigen, wie wichtig spezialisierte Angebote seien. Für die Landesrätin steht fest: „Gleichstellung ist kein Luxus, sie ist eine Frage der Gerechtigkeit.“

# Schulden haben viele Gesichter: Beratungsstelle gibt Perspektive

Die Schuldnerberatung Niederösterreich hilft, ohne zu urteilen. Besonderer Dank gilt dabei auch den einfühlsamen MitarbeiterInnen

**F**ast 4.000 Menschen haben im Jahr 2025 die Schuldnerberatung Niederösterreich in Anspruch genommen. Hinter jeder Zahl steht ein persönliches Schicksal: eine Familie, eine alleinerziehende Mutter, ein junger Mensch am Beginn seines Berufslebens oder jemand, der nach vielen Arbeitsjahren in eine schwierige Lage geraten ist.

## VIELE AUSLÖSER, DIVERSE BETROFFENE

„Der Weg in die Schulden ist oft schleichend“, sagt Landesrätin Eva Prischl bei der Präsentation der Jahresbilanz: „Die Zahlen zeigen deutlich, wie wichtig eine professionelle, niederschwellige und kostenlose Beratung für die Menschen ist.“ Häufigster Auslöser für Überschuldung ist der Verlust des Arbeitsplatzes oder des Einkommens – mit rund 42 Prozent, bei Jugendlichen sogar mit 46 Prozent. Ein plötzlicher Jobverlust, Krankheit oder eine Trennung können Haushalte rasch unter enormen finanziellen Druck setzen. Doch auch das Konsumverhalten spielt eine zunehmende Rolle: Ratenzahlungen, Online-Shopping oder die Unterschätzung laufender Fixkosten führen bei 22 Prozent der Betroffenen in die Zahlungsunfähigkeit – bei jungen Menschen ist es mit 32 Prozent bereits der zweithäufigste Grund.

## MEHR ALS EIN RANDPHÄNOMEN

Besonders alarmierend: Über 40 Prozent der Ratsuchenden sind erwerbstätig. Überschuldung

ist längst kein Randphänomen mehr. Die durchschnittliche Verschuldung liegt bei rund 77.000 Euro – bei Männern höher als bei Frauen. Die jüngste beratene Person war 18 Jahre alt, die älteste 89.

## GEFAHR DER ABWÄRTSSPIRALE

„Die Jahresbilanz macht deutlich, dass insbesondere einkommensschwache Haushalte betroffen sind“, betont Prischl. Wer ohnehin wenig verdient, gerät bei steigenden Mieten und hohen Energiekosten – was eine große Herausforderung bei der Schuldenregulierung darstellt – schneller in eine Abwärtsspirale. Denn auch eine günstigere Wohnung zu finden ist am aktuellen Wohnungsmarkt eine sehr schwere Aufgabe. Überschuldung bleibt dabei ebenso nicht ohne gesundheitliche Folgen. „Der dauerhafte finanzielle Druck führt zu Stress, Angstzuständen, Depressionen und sogar

zu körperlichen Erkrankungen“, so Prischl. Studien zeigen, dass rund acht von zehn überschuldeten Personen erkranken.

## WICHTIGE, NIEDERSCHWELIGE ARBEIT

Umso wichtiger ist die Arbeit der Schuldnerberatung. Sie bietet nicht nur rechtliche und wirtschaftliche Unterstützung, sondern vor allem neue Perspektiven. Wer professionelle Begleitung erhält, kann seinen Arbeitsplatz eher sichern oder wieder ins Berufsleben einsteigen – statt dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen zu sein.

## „BETREUTES KONTO“

Ein zentrales Instrument ist das „Betreute Konto“. Dabei helfen Beraterinnen und Berater, Finanzen zu ordnen und laufende Verpflichtungen wie Miete oder Energie zuverlässig zu begleichen. Die Zahl dieser betreuten Konten ist zuletzt um 6,35 Pro-



## KOSTENLOSE HILFE

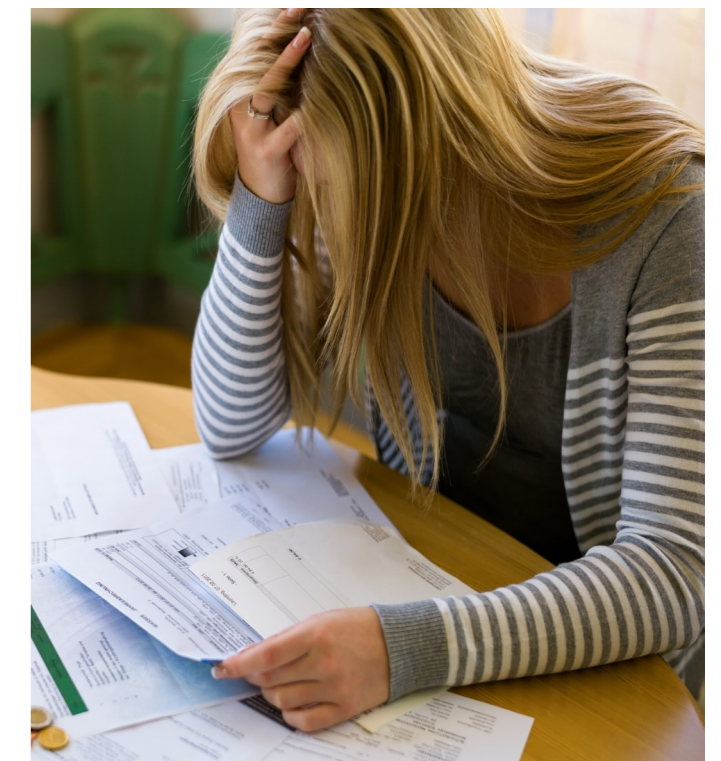
GF Michael Lackenberger und LR Eva Prischl: „Die Schuldnerberatung NÖ hilft niederschwellig, seriös und vertraulich allen Hilfesuchenden.“ <https://www.sbnoe.at>

„Niemand wird mit seinen finanziellen Sorgen alleine gelassen!“

zent gestiegen. Für Prischl steht fest: „Es ist mir ein zentrales Anliegen, dass niemand mit seinen finanziellen Sorgen allein gelassen wird. Soziale Sicherheit bedeutet auch, in schwierigen Lebensphasen Unterstützung zu erhalten.“ Die Bilanz zeigt: Die Herausforderungen bleiben groß. Aber sie zeigt auch, dass es funktionierende Strukturen gibt, die Menschen auffangen und ihnen einen Neustart ermöglichen. Genau das ist sozialdemokratische Politik – hinschauen, unterstützen und Perspektiven schaffen.

## ABWÄRTSSPIRALE

Quer durch alle Altersgruppen ist eine hohe Verschuldung schon lange kein Randphänomen mehr





## Im Porträt: Michael Bierbach

Ein Waldviertler durch und durch: Der gelernte ÖBBler Michael Bierbach liebt und lebt die Politik - und die Gemeinschaft: Er ist Gemeinderat, Stadtparteiobmann und Bezirksvorsitzender in Gmünd, Landtagsabgeordneter sowie Vereinsobmann wie auch -präsident.

„Ich bin gerne unter Leuten und sehe meine Aufgabe darin, für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein – im Bezirk, im Waldviertel und in ganz Niederösterreich.“

**Michael, stell dich bitte kurz selber vor: Wer bist du, woher kommst du und was machst du beruflich und politisch?**

Ich bin Michael Bierbach, 56 Jahre alt, komme aus dem Bezirk Gmünd und bin seit vielen Jahren tief in meiner Region verwurzelt. Beruflich bin ich ÖBB-Beamter – ich habe dort eine vierjährige Lehre absolviert und im vergangenen Jahr mein 40-jähriges Dienstjubiläum gefeiert. Aktuell bin ich als Bauleiter und Teamleiter tätig. Politisch bin ich Bezirksvorsitzender, Gemeinderat und Stadtparteiobmann in Gmünd. Seit Oktober 2024 darf ich außerdem als Landtagsabgeordneter wirken – als Verkehrs- und Tierschutzsprecher. Das ist für mich eine große Ehre und eine schöne Herausforderung.

**Wie bist du grundsätzlich zur Politik gekommen?**

Politik begleitet mich eigentlich schon seit den 1990er-Jahren. Ich bin mittlerweile in der fünften Periode im Gemeinderat in Gmünd. Ich war auch Stadtrat, habe diese Funktion aber bewusst zurückgelegt, um anderen den Vortritt zu lassen. Seit 40 Jahren bin ich Parteimitglied und ebenso lange Gewerkschaftsmitglied. Außerdem bin ich Bezirksvorsitzender im Bezirk Gmünd. Politik war für mich immer Teil meines Engagements für die Region.

**Du bist stark regional verankert. Welche Rolle spielt dieses Engagement für dich?**

Eine sehr große. Ich bin in unzähligen Vereinen aktiv, war viele Jahre selbst Fußballer und bin heute Präsident meines Sportvereins sowie Obmann des Turn- und Sportvereins. Dieses Vereinsleben ist mir wichtig, weil es die Menschen verbindet. Ich bin gerne unter Leuten und sehe meine Aufgabe darin, für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein – im Bezirk, im Waldviertel und in ganz Niederösterreich.

**Seit Oktober 2024 bist du im Landtag.**



**Wie erlebst du diese Aufgabe?**

Es ist eine große Verantwortung, aber auch eine Aufgabe, die ich mit viel Leidenschaft erfülle. Ich bin für die Region Waldviertel zuständig und betreue fünf Bezirke. Ich fahre viel herum, suche das Gespräch und bringe Anliegen direkt weiter. Besonders wichtig ist mir der Niederösterreich-Plan für die Zukunft – ein Plan, der gut aufgebaut ist und die Menschen nicht zusätzlich belastet.

**Welche politischen Schwerpunkte sind dir persönlich am wichtigsten?**

Ganz klar: die Infrastruktur im Waldviertel. In den vergangenen Jahrzehnten wurde hier zu wenig investiert – vor allem in Straße und Schiene. Das ist ein Kreislauf: Ohne gute Verkehrsverbindungen gibt es keine Betriebsansiedlungen, keine sicheren Arbeitsplätze, weniger Schulen und letztlich Abwanderung. Deshalb setze ich mich für den Ausbau sicherer Straßen ein – damit alle gut und sicher zur Arbeit und wieder nach Hause kommen. Und besonders am Herzen liegt mir die Franz-Josefs-Bahn. Sie ist für viele Pendlerinnen und Pendler unverzichtbar. Der Ausbau der Schiene ist für unsere Region entscheidend.

**Bei so viel Engagement - bleibt da überhaupt noch Zeit für Ausgleich?**

Ja, und den brauche ich auch. Ich gehe jeden Tag laufen oder walken – das gehört einfach dazu. Außerdem fahre ich gerne Ski, Motorrad und gehe regelmäßig in die Sauna. Das ist mein Weg, um abzuschalten und Kraft zu tanken.

**Zum Abschluss: Was schätzt du an Niederösterreich besonders?**

Die Vielfalt der Regionen. Niederösterreich hat alles – Berge, Seen, wunderschöne Landschaften. Man kann wandern, spazieren oder Motorrad fahren. Es ist unglaublich abwechslungsreich und lebenswert. Für mich ist es eine echte Bereicherung – und genau deshalb engagiere ich mich so gerne für dieses Bundesland.

Tausendsassa Bierbach: der Waldviertler mit Herz ist in Vereinen und politisch auf kommunaler wie auch auf Landesebene aktiv